

PRESSEMITTEILUNG

SM

Drese: Umfangreiche Maßnahmen des Landes für eine flächendeckende, zukunftsfeste und qualitativ hohe Geburtshilfe in MV

Der Landtag debattierte am Freitag über die Geburtshilfe als elementaren Schwerpunktbereich der medizinischen Versorgung. Gesundheitsministerin Stefanie Drese betonte, dass es dabei vor allem um die Frage gehe, wie es gelingen kann, die Versorgung von Schwangeren, Gebärenden, Müttern, Neugeborenen und jungen Familien langfristig für Mecklenburg-Vorpommern flächendeckend und in hoher Qualität zu erhalten und auszubauen.

Schwerin, 08. Mai 2026

Nummer: 091

„Die Herausforderungen für unser dünn besiedeltes Flächenland sind groß. Das wird vor allem mit Blick auf die rapide sinkende Geburtenzahl und die damit verbundenen geringer werdenden Geburten für die Geburtskliniken offensichtlich. Mindestens genauso groß wie die Herausforderungen sind aber auch unsere Aktivitäten im Land und als Landesregierung auf Bundesebene für eine gute und zukunftsfeste Geburtshilfe und Pädiatrie in MV“, betonte Drese.

Die Ministerin verwies dabei zunächst auf das Zielbild 2030 für die Geburtshilfe und Pädiatrie in MV der Gesundheitskommission. „Darin haben Expertinnen und Experten aus allen Bereichen der Gesundheitsversorgung die Grundlage für die künftige Gestaltung der Kindermedizin und Geburtshilfe in unserem Land und Pädiatrie geschaffen. Sie hat Maßnahmen festgelegt, die die verschiedenen Akteure im Gesundheitswesen Maßnahmen zur Sicherung der Versorgungsstrukturen in den kommenden Jahren umsetzen sollen“, verdeutlichte Drese.

„Wir haben uns darüber hinaus im Rahmen der Krankenhausreform beim Bund dafür eingesetzt, dass die Krankenhausversorgung patientengerecht und grundsätzlich wohnortnah in bedarfsgerechten Abstufungen erfolgt“, sagte Drese. „Da haben wir einiges erreichen können, auch wenn die bundesgesetzlichen Vorgaben bei der Qualität etwa bei der Personalausstattung

Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Sport
Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 124
19055 Schwerin
Telefon: 0385 588-19003
E-Mail: alexander.kujat@sm.mv-regierung.de
Internet: www.sozial-mv.de

V. i. S. d. P.: Alexander Kujat

richtigerweise streng sind“, so Drese weiter.

Die Landesregierung habe erreicht, dass im Zuge der Krankenhausreform die Besonderheiten Mecklenburg-Vorpommerns bei der konkreten Ausgestaltung der Versorgungsstrukturen berücksichtigt und Ausnahmeregelungen zur Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung verankert wurden, betonte die Ministerin.

Zudem seien die Sicherstellungszuschläge eine wichtige Finanzierungshilfe für Krankenhäuser im ländlichen Raum, die auch für Geburtshilfe-Abteilungen beantragt werden können, hob Drese weiter hervor. Sie dienen nach Angaben von Drese dazu, strukturelle Defizite bei geringen Fallzahlen auszugleichen und kommen in vielen Häusern in MV zum Tragen. „Schließlich wurden auch die pauschalen Zuschläge für basisversorgungsrelevante ländliche Krankenhäuser erhöht für Kliniken die eine Fachabteilung für Geburtshilfe oder eine Fachabteilung für Gynäkologie und Geburtshilfe vorhalten“, führte die Ministerin aus.

Drese wies auch darauf hin, dass in MV alle Krankenhausleistungen so geplant werden, dass sie in angemessener Zeit erreichbar sind. „Um eine bedarfsgerechte Versorgung sowie eine angemessene Erreichbarkeit in der Krankenhausversorgung zu gewährleisten, entwickeln wir im kommenden Landes-Krankenhausplan ein System der gestuften Versorgung“, so Drese.

Dier Ministerin ging zum Abschluss auf die Notwendigkeit ein, überdies neue Wege in der Patientenversorgung durch die Förderung einer sektorenübergreifenden Versorgung zu gehen. „Dabei sollten wir uns auf tragfähige, neue Lösungen konzentrieren, um werdenden Müttern die notwendige Sicherheit zu bieten. Dies gelingt durch eine stabile Netzwerkstruktur, bei der niedergelassene Frauenärzte, freiberufliche Hebammen sowie im Rahmen der Notfallversorgung der Rettungsdienst über die Besonderheiten Kenntnis haben und gemeinsame Strategien entwickeln“, so Drese.

Ausdrücklich hob Drese dabei hebammengeleitete Kreißsäle als eine Möglichkeit des Geburtsortes hervor. „Diese werden ausdrücklich von der Landesregierung unterstützt und sind auch im Zielbild für Geburtshilfe und Pädiatrie als Handlungsempfehlung festgehalten“, sagte Drese im Landtag.